

**Prüfung der Möglichkeiten zur sowie der möglichen Folgen der Schaffung eines Erweiterten Studierendenparlaments mit begrenzten Kompetenzen zur Erhöhung des Anteils studentischer Vertreter\*innen in der studentischen Selbstverwaltung angesichts der erfolgreichen Arbeit des Erweiterten Senats auf Ebene der universitären Gremien durch den Rechtsausschuss**

**Antragsteller\*in:**

Lukas Drescher (UDP)

**Antragstext:**

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Rechtsausschuss damit zu beauftragen, die Umsetzbarkeit, mögliche Ausgestaltung und Folgen der Schaffung eines Erweiterten Studierendenparlaments eingehend zu Prüfen. Primärer Zweck des Erweiterten Studierendenparlaments soll dabei die Erhöhung des Anteils studentischer Vertreter\*innen in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung sein. Um Möglichkeiten zu finden, den Anteil studentischer Vertreter\*innen auf über 100% zu steigern, soll der Rechtsausschuss Kontakt zu den Fachschaften Mathematik und Physik aufnehmen.

Sollte sich während der Untersuchung herausstellen, dass sich der Anteil studentischer Vertreter\*innen in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung nicht auf über 100% steigern lässt, sollen auch Möglichkeiten geprüft werden, in der studentischen Selbstverwaltung traditionell benachteiligten Statusgruppen wie Professor\*innen, dem wissenschaftlichen Dienst sowie dem technisch-administrativen Dienst eine stärkere Beteiligung an der studentischen Selbstverwaltung zu gewährleisten. In diesem Fall ist allerdings zu beachten, dass die selbstständige Wahrnehmung der Angelegenheiten der Studierendenschaft nach § 72 (1) Satz 4 HSG von der Schaffung des Erweiterten Studierendenparlaments unberührt bleiben muss.

Die Ergebnisse der Arbeit des Rechtsausschusses zu diesem Thema sind dem Studierendenparlament spätestens zu seiner ersten ordentlichen Sitzung im März 2026 in Form eines Abschlussberichtes und eines ausführlichen Berichtes auf der Sitzung selbst vorzulegen.

### **Antragsbegründung:**

Unsere Uni hat seit 2018 einen Erweiterten Senat, in dem die Statusgruppen der Studierenden und der Professor\*innen endlich gleich stark vertreten sind.

Man könnte nun argumentieren, dass der Erweiterte Senat kaum über relevante Kompetenzen verfügt und sich der Gesetzgeber endlich dazu durchringen sollte, der größten Statusgruppe an unserer Universität in ihrem wichtigsten Entscheidungsgremium eine angemessene Repräsentation zu geben, anstatt Symbolpolitik zu betreiben. Dafür müsste der Gesetzgeber allerdings über seinen Schatten springen und infolge einer entsprechenden Gesetzesänderung eine Wiederbefassung mit dem „Hochschul-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts aus dem März 1973<sup>1</sup> in Kauf nehmen. Nach fünfzig Jahren wäre eine Weiterentwicklung der Rechtslage in diesem Bereich womöglich angemessen.

Darum soll es in diesem Antrag aber gar nicht gehen. Vielmehr fällt auf, dass in den Strukturen der studentischen Selbstverwaltung für viele universitäre Gremien eine ungefähre Entsprechung existiert: Für das Präsidium den AStA(-Vorstand), für die Fakultätskonvente oder obersten Entscheidungsgremien auf Institutsebene die Fachschaftsvertretungen, für den Dekanstammtisch die Fachschaftsvertretungskonferenz und für den Senat eben das StuPa. In dieser Aufzählung fehlt bemerkenswerterweise der Erweiterte Senat. Um auch für dieses Gremium ein Äquivalent zu schaffen, schlage ich vor, den Rechtsausschuss mit einer Machbarkeitsprüfung diesbezüglich zu beauftragen.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

---

<sup>1</sup> Fun Fact: Damals war Salvador Allende noch Präsident von Chile.